

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1031

der Abgeordneten Michael Jungclaus und Benjamin Raschke

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/2382

Position der Landesregierung zum Volksbegehren gegen Massentierhaltung

Wortlaut der Kleinen Anfrage 1031 vom 24.08.2015:

Brandenburgs Verbraucherschutzminister Helmut Markov hat das Volksbegehren gegen Massentierhaltung überraschenderweise unterschrieben. Etlichen Forderungen des Volksbegehrens stimmt der Minister zu und nimmt somit eine gänzlich andere Position als Agrarminister Jörg Vogelsänger ein.

Ich frage die Landesregierung:

1. Gibt es in der Landesregierung eine einheitliche Position zum Volksbegehren gegen Massentierhaltung? Wenn nein, wie soll diese hergestellt werden?
2. Wird sich nach Auffassung der Landesregierung die zustimmende Position des Verbraucherschutzministers oder die ablehnende Position des Agrarministers durchsetzen?
3. Welche weiteren MinisterInnen sowie StaatssekretärInnen unterstützen wie der Verbraucherschutzminister das Volksbegehren, welche haben das Volksbegehren bereits unterschrieben?
4. Welche MinisterInnen sowie StaatssekretärInnen stehen dem Volksbegehren ablehnend gegenüber?
5. Sind die Mitglieder der Landesregierung in Ihrer Positionierung zum Volksbegehren frei oder gibt es nach der Sympathiebekundung durch den Verbraucherschutzminister eine Empfehlung seitens der Landesregierung? Wenn ja, wie lautet diese?
6. Warum wurde die Volksinitiative von der rot-roten Landtagsmehrheit abgelehnt, wenn kurz darauf ein Minister der Landesregierung das Volksbegehren mit seiner Unterschrift unterstützt?
7. Welchen Forderungen des Volksbegehrens stimmt die Landesregierung zu, welche lehnt sie ab?

Datum des Eingangs: 18.09.2015 / Ausgegeben: 23.09.2015

8. Welche Forderungen beabsichtigt die Landesregierung, unabhängig vom Ergebnis des Volksbegehrens, im Laufe dieser Legislaturperiode umzusetzen? Bis wann sollen die Maßnahmen jeweils umgesetzt werden?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

zu den Fragen 1 bis 8:

Das Volksbegehren richtet sich an den Landtag Brandenburg. Der Landtag hat in seiner 8. Sitzung am 18. März 2015 einen Beschluss zur „Volksinitiative gegen Massentierhaltung“ (Drucksache 6/853-B) gefasst. Die Landesregierung ist gehalten, diesen Beschluss des Landtages umzusetzen.